

21.3.2020

Hamelner Aufruf!

Gemeinsam für Toleranz und Solidarität
- Geschlossen gegen
Fremdenfeindlichkeit, Rassismus,
Antisemitismus, faschistische
Tendenzen, Hass und rechte Gewalt.

(#buntstattbraunHM)



Klar Position beziehen! Der "Hamelner Bote" schließt sich dem am 20.03.2020 vom lokalen "BUNT STATT BRAUN" Bündnis versandten Aufruf an:

Pressemitteilung vom 20.03.2020:

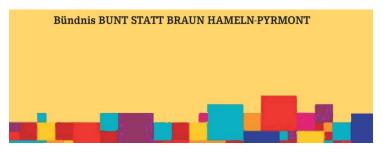
Liebe Pressevertreter und Pressevertreterinnen,

auch in dieser unwirklichen Zeit ist es wichtig nicht die Grundsätze unseres Zusammenlebens aus dem Blick. Das Bündnis "Bunt statt braun" hat dazu diesen Aufruf geschrieben und würde Sie bitten, dass dieser morgen veröffentlicht wird.

In den nächsten Tagen werden Vereine,

Verbände, Institutionen und Parteien auch dazu aufgefordert den Aufruf als Basis ihres zukünftigen Handelns zu festigen.

Mit lieben Grüßen Peter Kurbjuweit Volker Eggers Silvia Büthe



weiter auf Seite 2



Hameln. Das regionale Bündnis **Bunt statt Braun**, vertreten durch *Silvia Büthe, Volker Eggers und Peter Kurbjuweit* wendet sich mit dem Hamelner Aufruf "**Gemeinsam für Toleranz und Solidarität - Geschlossen gegen Fremden-feindlichkeit**, **Rassismus**, **Antisemitismus**, **faschistische Tendenzen**, **Hass und rechte Gewalt**" an die Menschen im Landkreis Hameln-Pyrmont.

Als Gründe für diesen Aufruf nennen die drei Bündnissprecher die NSU-Morde, den Brandanschlag in Salzhemmendorf, die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen, die Tötung des Politikers Walter Lübcke und den Mordanschlag in Hanau und erklären: "Die jahrelangen Hassparolen gegenüber Juden, Muslimen, Geflüchteten und weite-re Minderheiten sowie die Angriffe auf Ehrenamtliche und Engagierte müssen endlich aufhören".

Volker Eggers weist darauf hin, dass das Bündnis Bunt statt Braun in Hameln-Pyrmont seit Februar 2009 bestehe: "In diesen elf Jahren haben wir in Veranstaltungen mit Fakten und Argumenten zur Aufklärung beigetragen und durch Aktionen, Veröffentlichungen und auf Kundgebungen vor den Auswirkungen und Gefahren von Menschenverachtung, Ausgrenzung und Rechtspopulismus gewarnt".

Für *Peter Kurbjuweit* ist es sehr wichtig, dass "verbale und körperliche Übergriffe, zu denen es bei etwa zwei Drittel aller Einsatzkräfte, ehrenamtlichen Helfern und Kommunalpolitikern auch vor Ort im Landkreis kommt, nicht mehr schweigend hingenommen werden".

Auch Silvia Büthe seien alle Punkte sehr wichtig: "Besonderen Wert lege ich darauf, dass auch vor Ort ausreichende Mittel und Möglichkeiten für Beratung und politische Fortbildung gegen Rechtsextremismus zur Verfügung gestellt werden".

Bunt statt Braun will mit dem Aufruf die folgenden **zehn Punkte** stärker ins tägliche Blickfeld richten:

- 1. **Geschlossen zusammenstehen:** Wir müssen gemeinsam gegen Gewalt, Bedrohungen, Hass und Extremismus jeglicher Art eintreten!
- 2. **Ernst nehmen:** Zu viele Menschen erleben täglich erniedrigende, verletzende, gewaltvolle Äußerungen und Übergriffe, die ernst genommen werden müssen. Populistisches Sprechen schürt Angst und grenzt aus.
- 3. **Dagegen reden:** Wir dürfen nicht schweigen, sondern können durch Widerspruch, deutliches Positionieren und engagierte Diskussionen ein Zeichen setzen, um Minderheiten zu schützen.
- **4. Weltoffen und friedlich:** Lassen Sie uns gemeinsam mit allen Nationalitäten und Glaubensgemeinschaften für eine weltoffene und friedliche Gesellschaft eintreten.
- 5. **Jeder Einzelne zählt:** Jedes einzelne Engagement gegen Rechtsextremismus trägt zur Stärkung einer demokratischen Kultur bei. Seien Sie daher selbst aktiv!
- 6. **Engagement stützen:** Schluss mit den Übergriffen und groben Beleidigungen gerade auch durch rohe Sprache und Videoclips im Internet gegenüber Personen, die sich gesellschaftlich engagieren.
- 7. **Schutz vor Waffengewalt:** Der Umgang mit Waffen muss durch rigorose Anwendung bestehender Gesetze und Regelungen besser kontrolliert und stärker eingeschränkt werden.
- 8. **Mehr Beratung und politische Bildung:** Mehr Geld für Beratung und politische Bildung und Fortbildung gegen Rechtsextremismus auch vor Ort.
- 9. **Keinen Schritt nach rechts:** Mit Demokratiefeinden darf es keine Kooperation geben nicht im Bund, nicht in den Ländern und nicht auf kommunaler Ebene!



Gemeinsam entschieden handeln: Gegen die Feinde der Demokratie und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft müssen alle Demokratinnen und Demokraten gemeinsam eintreten und entschieden handeln.

Ich bedanke mich bei den Initiatoren für diese Aktion und wünsche ihr eine hohe Resonanz.

Ralf Hermes, Hameln, den 21.03.2020

